Ein Gastkommentar von Alexander Günsberg

Der Schweizer Philippe Lazzarini hat sich in der Neuen Zürcher Zeitung zu den Vorwürfen gegen ihn und das von ihm geführte UNO-Palästinenserhilfswerk UNRWA geäussert. Dafür erntete er massive Kritik der Leserinnen und Leser.

Es ist eine alte Weisheit, dass man aus einem Interview am besten das heraushört, was ungesagt blieb. Beim Interview von Jonas Roth mit dem Genfer UNRWA-Chef Philippe Lazzarini, das am 15. Februar 2024 in der NZZ erschien, ging es vor allem um das unter der UNRWA-Zentrale in Gaza entdeckte Datenzentrum der Hamas, die Verbindung von UNRWA-Angestellten mit der Terror-Organisation und ihre Beteiligung an den Verbrechen vom 7. Oktober 2023 in Israel. Aber vieles andere blieb ungesagt.

Ganz im Gegensatz zu den Leserkommentaren. Diese fokussierten auf den Kern des Problems: der nicht wahrgenommenen Verantwortung Lazzarinis und dem Fehlkonstrukt der UNRWA an sich.

Warum hat die UNRWA unter Philippe Lazzarini nichts gegen die Schulbücher unternommen, mit denen schon die Kleinsten in den Kindergärten und Schulen in Gaza zum Hass auf Israel und zum Antisemitismus erzogen wurden? Die UNRWA und ihr Lehrpersonal standen unter seiner Aufsicht. Es wäre seine Pflicht gewesen, solche Praktiken abzustellen und zu ändern, wenn er sich der Neutralität zwischen den Konfliktparteien verpflichtet gefühlt hätte.

Warum hat Herr Lazzarini, wenn er am Frieden zwischen den Parteien interessiert war, die arabischen Länder nicht zur Aufnahme und Eingliederung der Palästinaflüchtlinge aufgefordert, wie es Israel 1948 mit 1,1 Millionen den jüdischen Flüchtlingen aus den arabischen Ländern getan hat?

Warum hat er stattdessen akzeptiert, dass auch nach 75 Jahren noch Hilfsgelder aus den UNO-Staaten in Milliardenhöhe nach Gaza fliessen? Obschon er weiss, dass sich die Hamas-Führer dadurch ein Jetset-Leben finanzieren, Waffen für den Kampf gegen Israel kaufen und unter dem Gazastreifen ein bis zu 80 Meter tiefes Tunnelnetz für ihre Terroraktivitäten bauen können? Ein Tunnelnetz das doppelt so lang ist wie die New Yorker U-Bahn.

Nur weil die UNRWA ihre Aufgaben nicht richtig wahrnimmt, sind die Nachkommen

der je nach Schätzung zwischen 350.000 und 650.000 palästinensischen Flüchtlinge von 1948 nach fünf Generationen immer noch auf die Unterstützung durch die Weltgemeinschaft angewiesen.

Man stelle sich vor, die Nachkommen der Deutschen, Polen, Tschechen, Russen, Inder und Pakistani, von den Juden ganz zu schweigen, die vor ähnlich langer Zeit vertrieben wurden, würden heute noch als Flüchtlinge gelten und müssten unterstützt werden. Bloss weil die für sie zuständige UNO-Organisation alles tut, um ihren Flüchtlingsstatus aufrecht zu erhalten, in ihren Schulen Hass auf das Nachbarvolk verbreitet und ihre Mitarbeiter Mitglieder einer Terrororganisation sind, die die Hilfsgelder zweckentfremdet.

Die UNWRA ist in Wirklichkeit keine Hilfsorganisation. Die Verteilung von Lebensmitteln an die palästinensischen Opfer des Krieges der Hamas gegen Israel ist ein Feigenblatt. Wenn eine echte Friedenslösung zwischen Israel und den Palästinensern angestrebt wird, muss deshalb als Erstes die UNRWA aufgelöst werden.

Dem Versuch des Fatah-Chefs Mahmud Abbas, eines alten und zutiefst korrupten Antisemiten, die Nachfolge der Hamas und der UNRWA in Gaza anzutreten, muss ebenso entschieden entgegengetreten werden. Er hat während vieler Jahrzehnten den Terror gegen Israel aus Ramallah heraus ermutigt und finanziert und jedes Friedensangebot abgelehnt.

Die Missstände in Gaza können nur mit Unterstützung Israels behoben werden. Solange das von der UNO nicht eingesehen wird, wird der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern andauern und immer wieder zu neuen Kriegen führen.

Alexander Günsberg, geboren 1952, ist Sohn österreichisch-ungarischer Holocaustflüchtlinge. Er hat Geschichte und Germanistik studiert und lebt als Schriftsteller und freier Journalist in den Walliser Bergen und am Zürichsee.